

# vbb magazin

Oktober 2017 • 56. Jahrgang



Der Bundeswehrbeamte  
Zeitschrift des Verbandes  
der Beamten der Bundeswehr

10



## Neue Rahmendienstvereinbarung zur Arbeitszeit in Kraft

Seite 4 <

Interview mit  
Staatssekretärin  
Dr. Suder

Seite 8 <

Gesprächsfaden  
aufgenommen





© Jan Brenner / dbb

Auch wenn es viele der politisch Handelnden nicht mehr hören wollen, bleibt es eine Wahrheit, dass der öffentliche Dienst über Jahre hinweg dem Diktat einer rigorosen Sparpolitik geopfert worden ist.

Von dem Schlagwort des „Schlanken Staates“ und der damit zusammenhängenden Verlagerung bisher staatlicher Handlungsfelder in den Markt, bis hin zur jahrelangen prozentualen Kürzung des Personals, hat man Raubbau am Personal betrieben. Die Folgen fallen uns jetzt sprichwörtlich vor die Füße.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

am Ende bleibt die Erkenntnis, dass die Demoskopen einmal mehr daneben gelegen haben. Oder haben Sie das Wahlergebnis so vorausgesehen?

Mit einem Stimmenverlust von fast 15 Prozent kann man mit Fug und Recht von einer Abstrafung der bisherigen Großen Koalition sprechen.

In der 19. Legislaturperiode werden sieben Parteien, sechs Fraktionen im Deutschen Bundestag Platz nehmen und wir bekommen eine Volksvertretung, die mit 709 Abgeordneten die zweitgrößte der Erde ist, hinter der Volksvertretung von China. Respekt.

Für eine neu zu bildende Bundesregierung – wie auch immer sie zusammengesetzt sein mag – wird es neben anderen zentralen Herausforderungen in der Integration der Flüchtlinge, den wirtschaftlichen Folgerungen aus einer weiteren Globalisierung auch darauf ankommen, den Öffentlichen Dienst personell und materiell so auszustatten, dass er seine Grundaufgabe als Fundament staatlichen Handelns zu leisten in der Lage ist.

Hier ist die Bundeswehr mit ihrer Bundeswehrverwaltung wahrlich ein Spiegelbild des gesamten öffentlichen Dienstes. Wenn die amtierende Bundesministerin der Verteidigung, Frau Dr. Ursula von der Leyen, vor einiger Zeit zu Recht hingewiesen hat, dass in den kommenden 15 Jahren circa 30 Prozent des aktiven zivilen Personals ausscheiden werden, steht der Zeiger der sprichwörtlichen Uhr nicht mehr nur auf fünf vor zwölf, sondern bereits auf nach zwölf.

Der demografische Wandel und die altersbezogenen Abgangszahlen werden die Bundeswehr und ihre Verwaltung mit voller Wucht treffen.

Für den Verband der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB) jedenfalls beginnt mit dem Wahlabend das verbandspolitische Kerngeschäft von Neuem.

Bereits vor den irgendwann beginnenden Koalitionsverhandlungen werden wir den Kontakt mit den alten und neuen Verantwortungsträgern im 19. Deutschen Bundestag aufnehmen, um so unsere Vorstellungen hinsichtlich eines attraktiven Berufsbildes Beamtin/Beamter in der Bundeswehr zu transportieren. Wir werden gleich der „tibetanischen Gebets-

>	Staatssekretärin Dr. Suder Drei Jahre Agenda Rüstung Sicherheitspolitischer Kontext – Rüstung ist nie Selbstzweck	4
>	Gesprächsfaden aufgenommen	8
>	VBB nimmt an der feierlichen Übergabe des Luftfahrtamtes der Bundeswehr teil	8
>	Neue Rahmendienstvereinbarung zur Arbeitszeit in der Bundeswehr	9
>	Weitere Bündelung von Dienstposten im gehobenen Dienst in Aussicht	10
>	Stellenbesetzungsverfahren/Ausschrei- bungen von Dienstposten nach § 27 Bundeslaufbahnverordnung (BLV)	12
>	Festakt zur Ernennung und Vereidigung der Brandoberinspektoranwärter/-innen für den Vorbereitungsdienst des gehobenen feuerwehrtechnischen Dienstes in der Bundeswehr mit integriertem Studium der Sicherheitstechnik	12
>	Tradition und Identität. Welche Tradition benötigt die Bundeswehr?	13
>	11. Kolloquium „Innere Führung – Konfession oder Profession?“	14
>	Spende übergeben	15
>	Rainer Zeller zum Kurzbesuch in der Bundesgeschäftsstelle des VBB in Bonn	15
>	Neuaufgabe des VBB-Ratgebers für den Ruhestand – eine Leistung für unsere Kolleginnen und Kollegen im Ruhestand	15
>	VBB-Seminare	17
>	Aus unseren Bereichen und Landesverbänden	18
>	Personalnachrichten	27
>	Blutspendetermine Oktober/November 2017	28

>	Gewerkschaftstag 2017: Impulse für einen starken öffentlichen Dienst	29
>	dbb jugend AusbildungsSTARTaktion 2017: Auf Interviewtour im Bundestag	32
>	dbb bundesfrauenvertretung Führungspositionen: Haben Frauen die gleichen Chancen?	34
>	dbb bundesfrauenvertretung: Faire Leistungsbeurteilung schafft Einkommenschancen	38
>	Führungspositionen für Teilzeitkräfte: Zugang erleichtern	38
>	Tarifeinheitengesetz: Klage vor Menschenrechtsgerichtshof	39
>	blickpunkt 4. Seniorenpolitische Fachtagung: Gesund alt werden	40
>	online Mobilfunkstandard 5G: Schnell, schneller, Zukunft	42
>	interview Dr. Joachim Breuer, Hauptgeschäftsführer der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV)	46

**Herausgeber:** Bundesgeschäftsstelle des VBB, Baumschulallee 18 a, 53115 Bonn. **Telefon:** 0228.38927-0. **Telefax:** 0228.639960. **Redaktion:** Bundesgeschäftsstelle des VBB. **Internet:** www.vbb-bund.de. **E-Mail:** mail@vbb-bund.de. **Herausgeber der dbb seiten:** Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5598. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de. **Leitende Redakteurin:** Christine Bonath (cri). **Redaktion:** Jan Brenner (br). **Fotos:** dbb, Fotolia, MEV. **Bezugsbedingungen:** Die Zeitschrift erscheint 10-mal im Jahr und ist für VBB-Mitglieder im Beitrag eingeschlossen. Nichtmitglieder bestellen schriftlich beim dbb verlag. Inlandsbezugspreis: Jahresabonnement 27,00 € zzgl. 5,00 € Versandkosten, inkl. MwSt.; Mindestlaufzeit 1 Jahr. Einzelheft 2,90 € zzgl. 1,00 € Versandkosten, inkl. MwSt. Abonnementkündigungen müssen bis zum 1. Dezember beim dbb verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr. **Verlag:** dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Versandort:** Geldern. **Herstellung:** LN. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** FDS, Geldern. **Anzeigen:** dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen. **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenposition:** Britta Urbanski. **Telefon:** 02102.74023-712. **Anzeigentarif** Nr. 58 (dbb magazin) und Nr. 42 (vbb magazin), gültig ab 1.10.2016. **Druckauflage:** dbb magazin: 599 909 (IWW 2/2017). **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. Gedruckt auf Papier aus elementar-chlorfrei gebleichtem Zellstoff. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird der Einfachheit halber nur die männliche Form verwendet. Sämtliche Personen- und Berufsbezeichnungen gelten jedoch gleichermaßen für alle Geschlechter. **ISSN 0521-7814**

mühle“ unsere Vorstellungen den Verantwortungsträgern unterbreiten.

Gleich ob Personalgewinnungs- oder -bindungszuschläge, Vertretungszulagen, eine

bessere Bezahlung für Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst oder die Durchlässigkeit zwischen den Laufbahngruppen, um nur einige Beispiele zu nennen. Diese unsere Forderungen

sind heute so aktuell und notwendig wie gestern.

Und bei der Umsetzung zählen wir auf die Unterstützung unserer Gesprächspartner in Politik und Verwaltung.

Herzlichst  
Ihr



Wolfram Kamm

## Staatssekretärin Dr. Suder

### Drei Jahre Agenda Rüstung

# Sicherheitspolitischer Kontext – Rüstung ist nie Selbstzweck

Auch in Deutschland spüren wir die Folgen der verschiedenen Krisen und Konflikte in der unmittelbaren Nachbarschaft unseres Kontinents. Eine Verbesserung der Lage ist dabei kurz- bis mittelfristig nicht zu erwarten – leider. Gleichzeitig kommt Deutschland als bevölkerungsreichster und wirtschaftsstärkster Nation in Europa eine zunehmend wichtigere Rolle zu. Wie Verteidigungsministerin *von der Leyen* im Einklang mit dem damaligen Bundespräsidenten *Gauck* und dem damaligen Außenminister *Steinmeier* Anfang 2014 sagte: „Gleichgültigkeit ist für ein Land wie Deutschland keine Option“. Als Konsequenz sind die Anforderungen an die Bundeswehr vielfältiger und umfangreicher geworden. Um dem gerecht zu werden, müssen Aufgaben und zur Verfügung stehendes Personal und Material zueinander passen. Genau deshalb sind die durch die Verteidigungsministerin initiierten Trendwenden in den Bereichen Personal, Material und Finanzen so entscheidend. Ohne sie wird die Bundeswehr perspektivisch nicht in der Lage sein, ihren Auftrag und die daraus abgeleiteten Aufgaben zu erfüllen. Von steigenden Verteidigungsbudgets ist aufgrund der veränderten Sicherheitslage – leider – aus-



© BMVg

### Strategische Neuausrichtung als Basis für Veränderungen

„Die Bundeswehr beschafft, was sie braucht und nicht, was ihr angeboten wird“ – ein klares und starkes Mandat aus dem Koalitionsvertrag der 18. Legislaturperiode. Eigentlich sollte das selbstverständlich sein, war es aber in der Bundeswehr oft nicht. Zum einen wurde der Bedarf nicht klar, offen und ehrlich bestimmt und dargestellt, sondern Bedarf war das, was finanzierbar war, nicht das, was nötig war. Das haben wir geändert: Mit den Dimensionsstrategien haben wir systematisch *die Bedarfe einer aufgaben- und strukturgerechten Ausstattung* der Bundeswehr identifiziert. Auf dieser Basis haben wir 2016 transparent und ehrlich die erforderlichen Finanzmittel aufgezeigt, um diesen Bedarf zu decken: Bis zum Ende der kommenden Dekade besteht insgesamt ein Bedarf an Rüstungsinvestitionen von mindestens 130 Milliarden Euro. Zum anderen standen in der Vergangenheit bei großen Rüstungsprojekten oft nicht die Ausrüstungsbedarfe der Bundeswehr und deren effiziente und effektive Bedarfsdeckung im Vordergrund, sondern andere Ziele, zum Beispiel

zugehen. Das ist Herausforderung und Verantwortung.

### Tief greifende Veränderungen im Rüstungswesen

Im Rüstungswesen haben wir hierfür die *Agenda Rüstung* initiiert. Sie stellt einen substanziellen Neuansatz dar mit dem Ziel, das gesamte Rüstungswesen zu optimieren und zu modernisieren. Dies umfasst die Bereiche Planung, Ausrüstung und Cyber- und Informationstechnik.

Auf Basis der in 2014 durchgeführten umfassenden und schonungslosen Defizitanalyse wurden die bestehenden Probleme identifiziert und systematisch adressiert: Kernaspekte der Agenda Rüstung sind die *strategische Neuausrichtung* des Rüstungswesens, die *Moderisierung des Rüstungsmanagements* einschließlich der Optimierung der Prozesse, das *konsequente Aufgreifen bisher vernachlässigter Themen* sowie eine *neue Zusammenarbeitskultur*.

industri- beziehungsweise arbeitsplatzpolitischer Art oder die Förderung europäischer Kooperationen inklusive Strukturpolitik. Im heutigen sicherheitspolitischen Kontext ist das nicht mehr tragbar.

Als Konsequenz und zweites wesentliches strategisches Element neben der strikten Bedarfsorientierung haben wir das *Verhältnis der Bundeswehr zur Industrie neu geordnet*. Durch einen strukturierten Dialog haben wir den Austausch mit der Industrie kanalisiert und professionalisiert. Eine gesunde Arbeitsbeziehung auf Augenhöhe und „at arm's length“ hat sich etabliert. Gleichzeitig haben wir definiert, welche ausgewählten nationalen Schlüsseltechnologien aus souveränitäts- und sicherheitspolitischen Erwägungen kritisch sind, in welchen Bereichen also national beschafft werden soll und in welchen Bereichen dies auch europäisch oder weltweit möglich ist.

Dies haben wir eingebettet in einen *Neuansatz für multinationale Rüstungsprojekte mit klar definierten Prinzipien*, mit denen wir, neben den Synergievorteilen einer gemeinsamen Beschaffung, die Interoperabilität zwischen den beteiligten Streitkräften erhöhen. Die vier Prinzipien des neuen Ansatzes sind:

- Bei multinationalen Programmen ist auf Seiten der öffentlichen Auftraggeber auf Basis einheitlicher Fähigkeitsforderungen ein möglichst einheitliches Design anzustreben.
- Ein Staat übernimmt die Führung bei Entwicklung und Realisierung eines Projekts aus einer Hand (Lead-Nation-Ansatz).
- Die Wertschöpfung erfolgt nicht automatisch in der Lead-Nation oder aus strukturpolitischen Überlegungen, sondern dort, wo die beste industrielle und technologische Kompetenz liegt.

➤ Nicht nur Entwicklung und Beschaffung erfolgen gemeinsam, sondern auch Instandsetzung und Einsatzunterstützung.

Ein aktuelles Beispiel ist die im Februar 2017 beschlossene Kooperation zwischen Deutschland und Norwegen für eine gemeinsame Beschaffung von U-Booten und Lenkflugkörpern für die Marine. Da der Modernisierungs- und Ausrüstungsbedarf der Marinen beider Länder vergleichbar ist, können wir hier Synergien bei Forschung, Entwicklung, Einkauf, Logistik und Instandsetzung sowie bei der Ausbildung erschließen. Ein weiteres Beispiel ist das viernationale Rüstungsprojekt „Eurodrohne“ mit Frankreich, Italien und Spanien. Auch hier hat Deutschland die „Lead-Rolle“ übernommen und bereits die multinationale Einigung auf ein einheitliches Systemdesign erzielt. Das Projekt sieht nach der finalen Definition des Luftfahrzeugs eine gemeinsame Entwicklung, Fertigung und Nutzung des Systems vor.

Klarheit des Bedarfs, strikte Bedarfsorientierung und eine neu geordnete Beziehung zur Industrie ermöglichen verlässlichere, transparentere und schnellere Entscheidungen und Umsetzung.

#### ➤ Prozesse werden sicherer; Projekte stabilisiert, teilweise gedreht

Von großer Bedeutung ist die systematische Optimierung der Beschaffungsprozesse. Durch Verbesserungen im *Vertragsmanagement* haben wir es geschafft, mit der Industrie auf Augenhöhe zu verhandeln und gute Verträge zu schließen. Dies war und ist insbesondere für das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw) eine Mammutaufgabe: In Summe hat es in der 18. Legislaturperiode

rund 40.000 Verträge geschlossen (darunter circa 3.600 sogenannte überschwellige Verträge, das heißt mit einem Auftragswert höher als 418.000 Euro) und dabei gleichzeitig sukzessive die Vergabequalität steigern können. Bei den im Jahr 2016 abgeschlossenen 836 überschwelligen Verträgen kam es aufgrund von Rügen der Industrie zu 16 gerichtlichen Nachprüfungsverfahren, von denen lediglich vier zu unseren Ungunsten entschieden wurden, weniger als 0,5 Prozent.

Durch Verbesserungen im *Projektmanagement* ist es gelungen, komplexe Projekte und Programme besser im vereinbarten zeitlichen, finanziellen und inhaltlichen Rahmen zu halten. Durch die Etablierung des *Risikomanagements* haben wir nach innen und außen neue Transparenz geschaffen, die uns ein aktives, gemeinsames Management von Leitung, Ministerium und Ämtern ermöglicht. Von diesen Verbesserungen profitiert die Bundeswehr sehr. Etliche Risiken konnten erfolgreich adressiert und Projektfortschritte erzielt werden, wenngleich – vor allem bei langjährigen Projekten – bereits unterlaufene Fehler insbesondere im Projektaufsatz nicht mehr geheilt werden können. Hier steht eine Stabilisierung im Vordergrund, um ein weiteres „Abdriften“ von den ursprünglichen Projektzielen zu vermeiden.

Die im BAAINBw eingerichtete *Projektmanagementorganisation* zeigt in Verbindung mit der auf Staatssekretärebene angesiedelten Fachaufsicht bereits ein Jahr nach ihrer Einrichtung große Vorteile. Sie koordiniert programmatisch komplexe neue Projekte: derzeit das Taktische Luftverteidigungssystem (TLVS), das Mehrzweckkampfschiff (MKS) 180 und die Eurodrohne. Sie ermöglicht schnelle und abgestimmte Entscheidungen und erlaubt dadurch eine starke Positionierung gegenüber multi-

nationalen Partnern und der Industrie. Dies bedeutet jedoch nicht, dass wir vorschnell zu einem Vertragsabschluss kommen, im Gegenteil: Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit. Wir brauchen gute Verträge insbesondere bei lang laufenden Großprojekten, in denen jede Seite genau weiß, welche Aufgaben und welche Risiken sie übernimmt. Durch die enge Anbindung der Fachaufsicht an die Leitung können überdies Parlament und Öffentlichkeit verzugslos und umfassend informiert werden. Ein robustes, integriertes Projektmanagement macht die Herausforderungen dieser drei Großprojekte beherrschbarer. Es stellt sich nun die Aufgabe, die Erkenntnisse auf andere Projekte zu übertragen.

Mit der anstehenden Fortschreibung des *Customer Product Management (nov.)* wollen wir die in den vergangenen Jahren gesammelten Erfahrungen und neuen Ansätze verstetigen und Handlungssicherheit erhöhen – mit einem breiten Ansatz der Beteiligung, einem systematischen Roll-out und Schulungen. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Ausdifferenzierung des Beschaffungsweges – für Großprojekte gelten andere Regeln als für Massengüter. Die Digitalisierung der Prozesse wird zu einer weiteren Entlastung führen.

Letztlich müssen die Prozessanpassungen auch der Nutzung zu Gute kommen und zu einer Erhöhung der Einsatzbereitschaft beitragen. Hier ist unverändert Verbesserungsbedarf zu erkennen und muss ein Schwerpunkt weiterer Veränderungen werden.

#### ➤ Vernachlässigte Themen wurden aufgegriffen; Cyber/IT und Digitalisierung als Topthemen aufgestellt

Die Agenda Rüstung hat sich auch in Bereichen ausgewirkt, die in der Vergangenheit weni-

ger Aufmerksamkeit fanden, die „liegendeblieben“ waren. In diesem Zusammenhang sind etwa die *Komplexen Dienstleistungen* (KDL, umfassen die Beteiligungsgesellschaften der Bundeswehr) und der Einkauf der Bundeswehr (EinkaufBw) zu nennen, die viel zu lange ein Schattendasein führten. Ausgehend von einer KDL-Strategie haben wir neue Ansätze der Beteiligungsführung initiiert. In den Gesellschaften und im EinkaufBw wurden Optimierungsprozesse eingeleitet.

Maßgeblich vorangebracht wurden auch die Bereiche *Wehrtechnische Forschung und Technologie* (F&T) sowie *Innovation*. Wir haben den F&T-Prozess umfänglich geprüft und unter anderem durch eine stärkere Digitalisierung, Steuerungsfähigkeit sowie und die Ausrichtung an Schlüsseltechnologien angepasst. Mit dem Cyber Innovationshub wurde eine Plattform geschaffen, die insbesondere mit Start-Ups im sich enorm schnell entwickelnden Bereich Cyber- und Informationstechnik (Cyber/IT) neue Wege beschreitet.

Dem gesamten Bereich *Cyber/IT und Digitalisierung* kommt aufgrund des rasanten technischen Fortschritts und des querschnittlichen Charakters eine Sonderrolle zu; ein Umdenken in vielfältiger Hinsicht war erforderlich. Stichworte sind Prozesse, Organisation und Herangehensweise. Komplexität und Schlagzahl lassen sich nur mit innovativen Lösungen und neuen Ansätzen bewältigen, wie sie in der Strategischen Leitlinie Digitalisierung und der IT-Strategie aufgezeigt werden. Durch die Einrichtung der neuen Abteilung Cyber/Informationstechnik im Bundesministerium der Verteidigung und die Aufstellung des Organisationsbereichs Cyber- und Informationsraum wurde dieses wichtige Thema prominent auf die Tagesordnung gehoben und mit den erforderlichen Ressourcen und

Kompetenzen (insbesondere Architektur- und Budgettheorie) versehen.

### ► **Kultur des Miteinanders als zentraler Veränderungsbaustein**

Neben den genannten Veränderungen bei Strategie, Prozessen und vernachlässigten Themen zeichnet sich die Agenda Rüstung zudem dadurch aus, dass sie die Kultur des Zusammenarbeitens adressiert und verändert hat. Das *Zielbild Rüstungsmanagement* als Wertekompass für unsere Art des Miteinanders, der Zusammenarbeit, die jedem Stütze und Orientierung sein kann, hat hierbei einen wesentlichen Beitrag geliefert. Es ist ebenso selbstverständlich wie unerlässlich, *miteinander zu reden und miteinander zu arbeiten* – über ministerielle Abteilungen hinweg, zwischen Ministerium und Ämtern, über alle Hierarchieebenen. Gemeinsam konzentrieren wir uns jetzt noch stärker als zuvor auf Lösungen, auf den konkreten Output – um unseren Soldatinnen und Soldaten die bestmögliche Ausrüstung für ihre Aufgabenerfüllung zur Verfügung zu stellen. Dabei werden die *Steuerung über Ziele* und der Dialog darüber eine zentrale Rolle spielen. Die Arbeit ist erst dann getan, wenn die Ausrüstung einsatzbereit zur Verfügung steht und funktionstüchtig ist. Das Ministerium muss sich in diesem Prozess noch stärker auf strategische Themen konzentrieren und den Ämtern – der Durchführungsebene – die erforderlichen Freiräume sichern. Die Ämterebene muss konsequent auf operative Exzellenz, auf Output fokussieren.

### ► **Viel erreicht – für die Bundeswehr**

Für eine abschließende Bilanz ist es sicherlich zu früh, es gibt noch viel zu tun – und dennoch haben wir nach drei Jahren bereits einige Erfolge erreicht: Der Entscheidungs- und Be-

schaffungstau der vergangenen Jahre bei Rüstungsprojekten ist aufgelöst, abzulesen auch an der deutlich gestiegenen Zahl an Verträgen, insbesondere der 25-Millionen-Euro-Vorlagen: Seit 2014 wurden 77 Projekte mit einem Gesamtvolumen von rund 30 Milliarden Euro durch den Deutschen Bundestag gebilligt und auf den Weg gebracht.

Die Trendwende ist eingeleitet, bei der Truppe kommt wieder neue Ausrüstung an. In der 18. Legislaturperiode konnten beispielsweise mehr als zehn Transportflugzeuge A400M, 15 Leichte Mehrzweckunterstützungshubschrauber, 20 Eurofighter, 23 NH90, 28 UH TIGER und 124 PUMA an die Streitkräfte übergeben werden. 1.800 militarisierte Fahrzeuge wurden durch die BwFuhrparkService GmbH als Ersatz stark überalterter Fahrzeuge beschafft. Zusätzliche geschützte Fahrzeuge des Typs EAGLE V sowie ungeschützte Fahrzeuge werden folgen. Der Bestand an einsatzbewährter Kampfkleidung konnte um 25.000 Sätze signifikant aufgestockt werden. Die Gebirgsjäger erhielten neue Schneetarnanzüge mit Kälteschutz. Wir haben HERON 1 kurzfristig in den Einsatz nach Mali gebracht. Die Nutzungsdauer der Fregatte 122 wurde verlängert und ein zweites Los der Korvette 130 in Rekordzeit unter Vertrag genommen. Auch die Anzahl der mobilen IT-Arbeitsplätze wurde auf über 10.000 signifikant erhöht.

Diese Erfolge konnten wir nur durch gemeinsame Anstrengungen aller Beteiligten erzielen. Dafür gebührt allen Dank und Anerkennung!

### ► **Veränderungen brauchen Zeit und Geduld – und müssen über Systemgrenzen hinausgehen**

In den vergangenen drei Jahren haben wir gemeinsam im be-

stehenden System viel verändert. Nahezu jeder Stein wurde umgedreht, fast jeder Bereich durchleuchtet. Drei Jahre Agenda Rüstung zeigen aber auch: Veränderungen brauchen Zeit und Geduld. Die transparente weitere Umsetzung der Agenda Rüstung sowie die Sicherung der Nachhaltigkeit der eingeleiteten Veränderungen sind daher wesentliche Elemente im weiteren Vorgehen.

Doch es muss darüber hinausgehen: Vor dem Hintergrund der verschärften sicherheitspolitischen Lage und des sich als Konsequenz ergebenden Anstiegs des Verteidigungshaushalts – um unsere Soldatinnen und Soldaten mit dem bestmöglichen Material für die Erfüllung ihrer Aufgaben auszurüsten – müssen wir Veränderungen über Systemgrenzen hinausdenken und erreichen. Mit Blick auf die nächste Legislaturperiode muss über eine Aufhebung oder Anpassung der Wertobergrenze von 25 Millionen Euro für Beschaffungen nachgedacht werden. Zudem sollten wir eine Übertragbarkeit der Haushaltsmittel und damit eine Überjährigkeit bei Rüstungsprojekten erreichen, um flexibler auf Projektrisiken oder Verzögerungen reagieren zu können. Über eine Anpassung des Vergaberechts müssen wir ebenfalls nachdenken, genauso wie über das Thema Personal – und dabei offen für neue Wege sein, auch was die Zusammenarbeit mit anderen Ressorts und mit der Privatwirtschaft betrifft. Schließlich gilt es, mit unseren Partnern in Europa zu einem vertieften Miteinander zu gelangen, um den gemeinsamen Herausforderungen mit gemeinsamen Lösungen zu begegnen.

Die Bundeswehr steht vor großen Herausforderungen, die nur mit vereinten Kräften gemeistert werden können. Lassen Sie uns gemeinsam weiter daran arbeiten! ■